

Der Wähler ist veräppelt

Römer: „Neue Hoffnung für Koalition“, FR-Regional vom 5. Juni

Grüne, SPD und Volt wollen mit der FDP die neue Frankfurter Stadtregierung bilden. „Neue Hoffnung für (diese) Koalition“, schreibt die FR im Aufmacher des Lokalteils. Ein paar Seiten später berichten Sie in der gleichen Ausgabe darüber, dass die FDP neue Fahrradständer an der Messe verhindern will – angeblich verdrängten sie die ansässigen Gastronomen. Dazu passt die nachverhandelte „Ergänzung“ des Koalitionsvertrages: Ein „Etat ohne Neuverschuldung“ bedeutet Sozialabbau, und beim Verkehr soll nur umgesetzt werden, was Konsens ist, also alles so bleiben wie es ist. Da reibt sich der veräppelte Wähler die Augen und fragt sich, wer schlimmer ist: diejenigen, die solch dreiste Forderungen stellen oder jene, die sie abnicken.

Fritz Arndt, Karben

Wenn der Wille fehlt

Zu: „Ultrafeinstaub auf der Spur“, FR-Regional vom 1. Juni

Der Beitrag ist informativ, erhält aber einen falschen Zungenschlag durch den durchaus berechtigten Hinweis auf einen fehlenden Grenzwert für ultrafeine Partikel. Damit lässt sich aber politische Untätigkeit nicht entschuldigen. Anschaulich ist dazu ein Vergleich zum Feinstaub, wie er im Straßenverkehr anfällt. Hier werden zwar mittlerweile in Deutschland weitestgehend die EU-Grenzwerte eingehalten, aber nicht die von der WHO definierten Werte. Auch mit denen könnte dem Feinstaub keine gesundheitliche Unbedenklichkeit attestiert werden.

Maßgebend kann letztlich so wie bei anderen Schadstoffen nur sein, welche Messwerte an kritischen Standorten im Vergleich zu „normalen“ Immissionen erfasst werden, d.h. welche Relation zur Hintergrundbelastung besteht. Das Umweltbundesamt nutzt den Begriff des „gesundheitlichen Orientierungswertes“ für Schadstoffe im Wasser. Der wäre auch auf ultrafeine Partikel übertragbar, wo bei Messstationen mit Immissionen durch den Flugverkehr bereits Mittelwerte erfasst wurden, die um das Zehnfache über der Hintergrundbelastung liegen. Zum Vergleich: Die Grenzwerte für Feinstaub und Stickoxid liegen EU-weit etwa das Zwei- bis Dreifache über der üblichen Hintergrundbelastung.

Der Ruf nach neuen wissenschaftlichen Studien kann nur eine Alibifunktion erfüllen, da diesen in der politischen Konsequenz dasselbe Schicksal droht wie der vor einigen Jahren veröffentlichten Norah-Studie zum Fluglärm. Wo ein politischer Wille ist, gibt es auch einen Weg zur Reduzierung des Flugverkehrs als einziger wirksamer Mittel gegen ultrafeine Partikel.

Karl-Heinz Peil, Frankfurt

Die Polizei hat einen Eid auf die Verfassung geschworen

Rechtsextremismus: „49 Polizisten in der Chatgruppe“ und „Minister Unantastbar“ FR-Regional vom 16. und 18. Juni

Die „Einzelfälle“ haben sich organisiert

Bei der hessischen Polizei organisieren sich die „Einzelfälle“ (Stand 17. Juni: um die 56, die Tendenz ist steigend) jetzt schon in Chatgruppen. Beruhigender ist das nicht. Fritz Brehm, Frankfurt

Positive Erfahrungen mit Staatsbürgerkunde

Zwei Fragen stellen sich mir nach den erneuten Nachrichten über rechte Chatgruppen bei der hessischen Polizei. Vermutlich werden wir demnächst noch weitere „Überraschungen“ von „Einzelfällen“ erleben.

Die erste Frage ist: Wer kümmert sich eigentlich um die Ausbilder bzw. die Ausbildung der jungen Polizisten in staatsbürgerlicher Hinsicht? Schließlich haben alle Beteiligten ihren Eid auf die Verfassung geschworen wie jeder Beamte. Bei Beamten, die über das Gewaltmonopol verfügen, ist dieses Thema besonders dringlich zu behandeln. Neben der ständigen praktischen Ausbildung in polizeilichen Maßnahmen, wozu auch die Ausbildung an der Waffe gehört, ist allerdings ein theoretischer Teil unverzichtbar, und das regelmäßig. Hier offenbart sich eine große Lücke, denn ein staatsbürgerliches demokratisches Bewusstsein muss immer wieder thematisiert werden.

Das gilt ebenso für psychologische Kenntnisse im Umgang mit Aggressionen. Dass es brenzlige Grenzsituationen gibt, die spontanes Handeln erfordern ist umstritten. Also hier keine Fundamentalakkritik an der Polizeiarbeit.

Die zweite Frage ergibt sich aus der ersten: Wer sorgt für eine angemessene Qualität der politischen Ausbildung der Polizisten, auch der schon länger dienen? Hier geht es um ein hochqualifiziertes pädagogisches Personal, das gleichermaßen in politischer Sachkunde nach den Werten der freiheitlich-demokratischen Grundordnung wie in Erwachsenenpädagogik ausgebildet sein sollte. In einem solchen Unterricht, einmal in der Woche, wenigstens für zwei Stunden,



Im Jahr 2017 war noch alles in Ordnung zwischen dem hessischen Innenminister Peter Beuth (CDU) und dem SEK Frankfurt. DPA

sollte eine Atmosphäre des offenen Austauschs zu aktuellen politischen Fragen, die auch die eigene Arbeit betreffen, in der Lerngruppe geschaffen werden. Vielleicht wäre das dann auch ein Akt der Prävention vor politischer Radikalisierung bei denen, die noch erreichbar sind für Argumente? Diejenigen, die nicht mehr erreichbar sind und sich der Bedeutung ihres Jobs für den inneren Frieden nicht bewusst sind, haben ihren Beruf verfehlt und gehören aus dem Polizeidienst entlassen.

Ich habe übrigens selbst bei meiner Ausbildung im damaligen Bundesgrenzschutz im Hinblick auf das Fach Staatsbürgerkunde positive Erfahrungen gemacht. Wir wurden von einem in Politik und Gesellschaftslehre ausgebildeten Berufsschullehrer unterrichtet, der viel Raum für kontroverse Diskussionen im Unterricht ließ. Joachim Astemer, Frankfurt

Beuth hat die Tragweite des Skandals nicht begriffen

Die Vokabel „Fehlverhalten“ bezüglich der Skandalserie in der Hessischen Polizei zeugt von der

fatalen Einstellung von Innenminister Beuth. Als zynisch mag ich sie nicht bezeichnen, weil ihm offenbar selbst weder die Tragweite des Skandals, noch seine Haltung als Demokrat und verantwortlicher Minister bewusst sind. Ansonsten wäre er längst zurückgetreten, um Schaden von der Demokratie, seinem Amt zu nehmen und den Ruf der Polizei nicht weiter zu schädigen.

Bei den Nazis in der hessischen Polizei geht es nicht um Verhalten. Es geht um Einstellungen, Einstellungen und Haltungen, etwas, das Menschen im Laufe ihrer Sozialisation verinnerlichen. Als Bürger muss einem angst und bange werden, wenn sich Polizisten – in diesem Fall offenbar typischerweise nur Männer in einem autoritären, patriarchalischen Setting – lediglich verhalten. Was brodelt unter dieser Oberfläche von Verhalten? Wie Klaus Theweleit in „Männerphantasien“ beschreibt, sind oft die Autoritären und Autoritätshörigen, diejenigen, welche nur Befehl und Gehorsam kennen, besonders gefährdet bezüglich nationalsozialistischer Ideologien. Wenn ein demokratisches Ge-

meinwesen meint, sich solche Spezialeinheiten wie SEK aus Sicherheitsgründen leisten zu müssen, welche in aller Regel stockautoritär geführt werden, bedarf es regelmäßiger Reflexion bezüglich Einstellungs- und Haltungsfragen. Aber dieser Minister verhält sich auch, seine Einstellungen und Haltungen lassen sich allenfalls vermuten. Wenn er argumentiert, den Polizisten nicht in den Kopf schauen zu können, zeugt dies von einer gefährlichen Naivität. Er gibt ein weiteres Zeugnis dafür ab, wie sich die benötigte Fachlichkeit für ein politisches Amt abspaltet, also als innerpsychischer Vorgang, von seinen geheim gehaltenen oder auch formulierten politischen Zielen.

Robert Maxeiner, Frankfurt

Im Schutzraum rechtsradikaler Blasen

Wenn Daniel Loick vorschlägt, der Polizei die Finanzierung zu entziehen, ist das völlig unangemessen („Wir reden von organisierten Nazis“, FR vom 18.6.). Der demokratische Rechtsstaat braucht auch eine starke Polizei. Was dort entzogen werden muss, das ist der Schutzraum rechtsradikaler Blasen, in der sich Leute sicher fühlen, die mit ihrer Gesinnung nicht in die Polizei gehören.

Tilmann Stodt, Königstein

Lippenbekennnisse reichen nicht

Die hessische Versagenspolitik (Beuth/SEK) ist systemisch. Seit Koch-Bouffier-Zeiten, da diese nie bearbeitet worden sind. So wie in Familien, in denen über Generationen dasselbe oder Ähnliches passiert, solange nichts aufgearbeitet wird. Das lässt sich bis in die große Politik fortsetzen: z.B. Antisemitismusvorwürfe am falschen Platz (Carolin Emcke), Diskriminierung von Andersdenkenden, Wehrmachtsverbrechen ...

Lippenbekennnisse reichen nicht, es muss was Echtes überkommen. Sonst wird noch mehr aus dem Ruder laufen.

Ilona Horn, Marburg

Diskussion: frblog.de/chatgruppe

Eine Umverteilung von unten nach oben

Rente mit 68: „Ideen für eine Reform“ und „Rente mit 68 Jahren?“, FR-Meinung vom 7. Juni und -Wirtschaft vom 15. Juni

Die Idee, das Rentenalter im Gleichschritt mit der Steigerung der allgemeinen Lebenserwartung zu erhöhen, leuchtet auf den ersten Blick ein. Warum soll man nicht ein oder zwei Jahre länger arbeiten, wenn alle immer länger leben? Genau das ist aber ein Kurzschluss, und zwar aus drei Gründen:

1. Trotz steigender allgemeiner Lebenserwartung wird es immer einen gewissen Anteil von Menschen geben, die gesundheitsbedingt nicht bis zur Altersgrenze arbeiten können.

2. Dieser Anteil muss – das ist der entscheidende Punkt – zwangsläufig immer größer wer-

den, je weiter die Altersgrenze hinausgeschoben wird.

3. Von steigender Lebenserwartung und allgemeiner Verbesserung des Gesundheitszustandes profitieren keinesfalls alle Beschäftigten im gleichen Maß. Vielmehr sind der Gesundheitszustand und die Fähigkeit, bis zu einer immer weiter hinausgeschobenen Altersgrenze zu arbeiten und auch im fortgeschrittenen Alter einen neuen Arbeitsplatz zu finden, eng mit dem sozialen Status, dem Bildungsniveau, den Arbeitsbedingungen und nicht zuletzt mit dem Einkommen korreliert.

Deshalb ist jede Erhöhung der Altersgrenze zugleich eine

Umverteilung von unten nach oben: Versicherte mit guten Arbeitsbedingungen und hohem Einkommen können verhältnismäßig problemlos länger arbeiten oder notfalls die Abschläge in Kauf nehmen, während solche mit schlechten Arbeitsbedingungen und niedrigem Einkommen Abschläge hinnehmen, auf Kosten ihrer Gesundheit weiterarbeiten oder arbeitslos werden müssen.

Mit der Erhöhung der Altersgrenzen gibt es also ein massives Gerechtigkeitsproblem. Das wäre halb so schlimm, wenn in

Deutschland jeder, der gesundheitsbedingt nicht bis zur Altersgrenze arbeiten kann, wenigstens einen zuverlässigen Anspruch auf eine Erwerbsminderungsrente in ausreichender Höhe hätte. Das ist aber nicht mehr der Fall, seit die rot-grüne Koalition die soziale Sicherung bei Erwerbsminderung weitgehend demonstriert hat, z.B. durch Einführung von Abschlägen.

Die Konsequenz daraus: Wenn man schon die Altersgrenzen partout erhöhen will, dann müssen zum Ausgleich zumindest die Erwerbsminderungsrenten sehr deutlich verbessert werden.

Thomas Ebert, Bonn